

**Arbeitstagung**

Bad Homburg,  
14./15.02.97

Zusammenfassung der  
Diskussion

Kommunikation und Kooperation zwischen  
Gesellschaftswissenschaften und Praxis im  
Themenfeld »Wohnen und Wohnumfeld«

Darmstadt, April '97

**Herausgeber**  
Schader-Stiftung  
Karlstraße 85  
64285 Darmstadt  
(06151) 17 59 0

**Text**  
Dr. Tobias Robischon

**Redaktion**  
Hans Hütt

Die Schader-Stiftung  
fördert den Dialog  
zwischen Gesellschafts-  
wissenschaften und  
Praxis. Damit möchte  
sie einen Beitrag zur  
Lösung gesellschaft-  
licher Aufgaben leisten.

© 1997  
Schader-Stiftung

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>1</b>
<b>1. Erste Diskussionsrunde: Welche Erfahrungen mit KKGeP sind im Themengebiet Wohnen und Wohnumfeld bekannt?</b> .....	<b>2</b>
Fünf Denkmodelle des Wissenschaft-Praxis-Verhältnisses .....	2
Gesellschaftswissenschaften gelangen über komplizierte Interpretationsprozesse in die Praxis .....	2
Es gibt keine eindeutige Trennlinie zwischen Wissenschaft und Praxis .....	3
Praxisbezogene Forschung findet vor allem außerhalb der Hochschule statt .....	3
Das Interesse der Wohnungswirtschaft an Marktforschung ist noch gering .....	3
Gesellschaftswissenschaften sollen politische Themen argumentativ unterfüttern .....	4
Wo an Standpunkten nicht gerüttelt werden darf, findet die Verwendung von Gesellschaftswissenschaften ihre Grenzen .....	4
Medien sind wichtige Informationsbroker zwischen Wissenschaft und Praxis .....	4
Kommunikation und Kooperation findet in vielfältiger Form statt .....	4
Publikationen und Tagungen sind obligatorische Formen .....	5
Modelle institutionalisierter Kooperation: Tandemforschung und Dialog-Verbund .....	5
Know-how-Transfer durch Systematisierung von Praxiserfahrungen .....	5
Networking: Aufbau themenbezogener Kontaktnetze .....	6
Eine neutrale Instanz ist wichtig für lokale Kommunikationsprozesse .....	6
Forschung ist auch indirekt für die Praxis nützlich .....	7
KKGeP aus humanitärem Engagement .....	7
Grundformen der Kommunikation und Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis .....	7
<b>2. Zweite Diskussionsrunde: Welche Verbesserungen der KKGeP sind im Themengebiet Wohnen und Wohnumfeld wünschenswert?</b> .....	<b>8</b>
Praktische Wirksamkeit erfordert Ausdauer und Geduld .....	8
Umsetzung muß von Beginn an elementarer Bestandteil von Forschung sein .....	8
Wissenschaft-Praxis-Kommunikation verstetigen .....	9
Kooperation ist aufwendiger als die übliche Routine .....	9
Kommunikationsdefizite in der kommunalen Praxis .....	9
Kernproblem ist die unzureichende Anpassung zwischen Wohnangebot und -nachfrage .....	10

Gesellschaftliche Desintegration und sinkende Interventionsfähigkeit des Staates sind wichtige Megatrends .....	10
Eigentumsfragen hemmen die Gestaltung des Wohnumfelds .....	11
Revitalisierung von Wohngebieten durch Änderung der Bewohnerstruktur .....	11
Quartiersmanagement ermöglicht nachbarschaftliches Zusammenleben .....	11
Das Wohnquartier ist Ort gesellschaftlicher Integration .....	11
Mangel an preiswertem Wohnraum und weitere Problemfelder .....	12
Vielfach andere Verhältnisse in den neuen Ländern .....	12
Gesellschaftswissenschaftliche Unterstützung ist bei der Erneuerung von Wohnsiedlungen in Ost und West gefragt .....	13

**3. Dritte Diskussionsrunde: Welche Hemmnisse stehen einer Verbesserung der KKGesP im Themengebiet im Wege und wie könnte die Stiftung dazu beitragen, diese Hemmnisse zu überwinden? .....** 13

Kooperation findet erst ab einem gewissen Leidensdruck statt .....	13
Vielfach mangelnde Kenntnis des jeweiligen Gegenübers .....	13
Rotation zwischen Wissenschaft und Praxis findet nur selten statt .....	14
Hierarchisches Denken hemmt direkte Kooperation .....	14
Fragstellungen der Wissenschaft in der Praxis überprüfen und weiterentwickeln .....	14
Divergierende Ansprüche und Zielsetzungen .....	14
Machtausübung statt rationaler Problemlösungsprozesse .....	14
Probleme des interdisziplinären Dialogs .....	15
Der (fehlende) Glaube an Herstellbarkeit trennt fundamental .....	15
Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration als Gegenstand praxisorientierter Gesellschaftswissenschaften .....	16
Formulierung von Soll-Zuständen durch Gesellschaftswissenschaftler umstritten .....	16
Thematische Beschränkung auf das engere Wohnumfeld zu eng .....	16
Wohnungsunternehmen erwarten von KKGesP die Absicherung unsicherer (Investitions-)Entscheidungen .....	17
Mißverhältnisse zwischen Beratungsergebnissen und Umsetzungsmöglichkeiten .....	17

**4. Vierte Diskussionsrunde: Welche Problem- und Aufgabenstellungen sind von besonderer Bedeutung im Themengebiet? Welche Rolle kann die Stiftung bei der Schaffung und Betreuung der hierfür erforderlichen KKGesP-Strukturen übernehmen? .....** 17

Organisation von Kooperation am Beispiel der BASF-Wohnungsunternehmen .....	17
Wohnungsunternehmen sucht innovative Sozialkonzepte .....	18
In den Städten herrschen Loose-loose-Situationen vor .....	18

Entwicklung von Zukunftsvisionen als Aufgabe gesellschaftswissenschaftlicher Begleitung? .....	19
Gesellschaftswissenschaften können Tatbestände erfassen, soziale Prozesse organisieren und unbeabsichtigte Folgen entdecken .....	19
Aus der Sammlung von Interaktionsformen lernen .....	19
Unternehmerische Problemlösungen für die Bearbeitung gesellschaftlicher Aufgaben nutzbar machen .....	19
Das Quartier als Praxisfeld .....	20
Quartiersentwicklung als sozialpolitische Aufgabe .....	20
7-Punkte-Programm möglicher Tätigkeitsfelder .....	21
Projekterfahrungen systematisieren und Kommunikation initiieren .....	22
<b>5. Teilnehmerliste .....</b>	<b>23</b>

## Vorwort

Im Februar 1997 veranstaltete die Schader-Stiftung in den Räumen der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg einen Workshop zu dem Thema »Kommunikation und Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis im Themenfeld Wohnen und Wohnumfeld« (im folgenden kurz: KKGeP).

Teilnehmer waren Wissenschaftler unterschiedlicher gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen (Politikwissenschaftler, Soziologen, Volkswirte, Raumplaner u.a.) und Praktiker aus Wohnungsunternehmen, Planungs- und Architekturbüros, Politikberatung und Verwaltung.

Im Zentrum des Workshops standen folgende Fragen:

- > Welche Erfahrungen der Kommunikation und Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis existieren in dem Themenbereich »Wohnen und Wohnumfeld«?
- > Wie ist dieser KKGeP-Prozeß zu optimieren?
- > Welche Hemmnisse stehen dem entgegen und wie könnte die Stiftung dazu beitragen, diese Hemmnisse zu überwinden?
- > Welche Problem- und Aufgabenstellungen sind im Bereich »Wohnen und Wohnumfeld« von besonderer gesellschaftlicher Relevanz?
- > Welche Rolle kann die Stiftung bei der Gestaltung der für die Bearbeitung dieser Aufgabenstellungen erforderlichen KKGeP-Strukturen übernehmen?

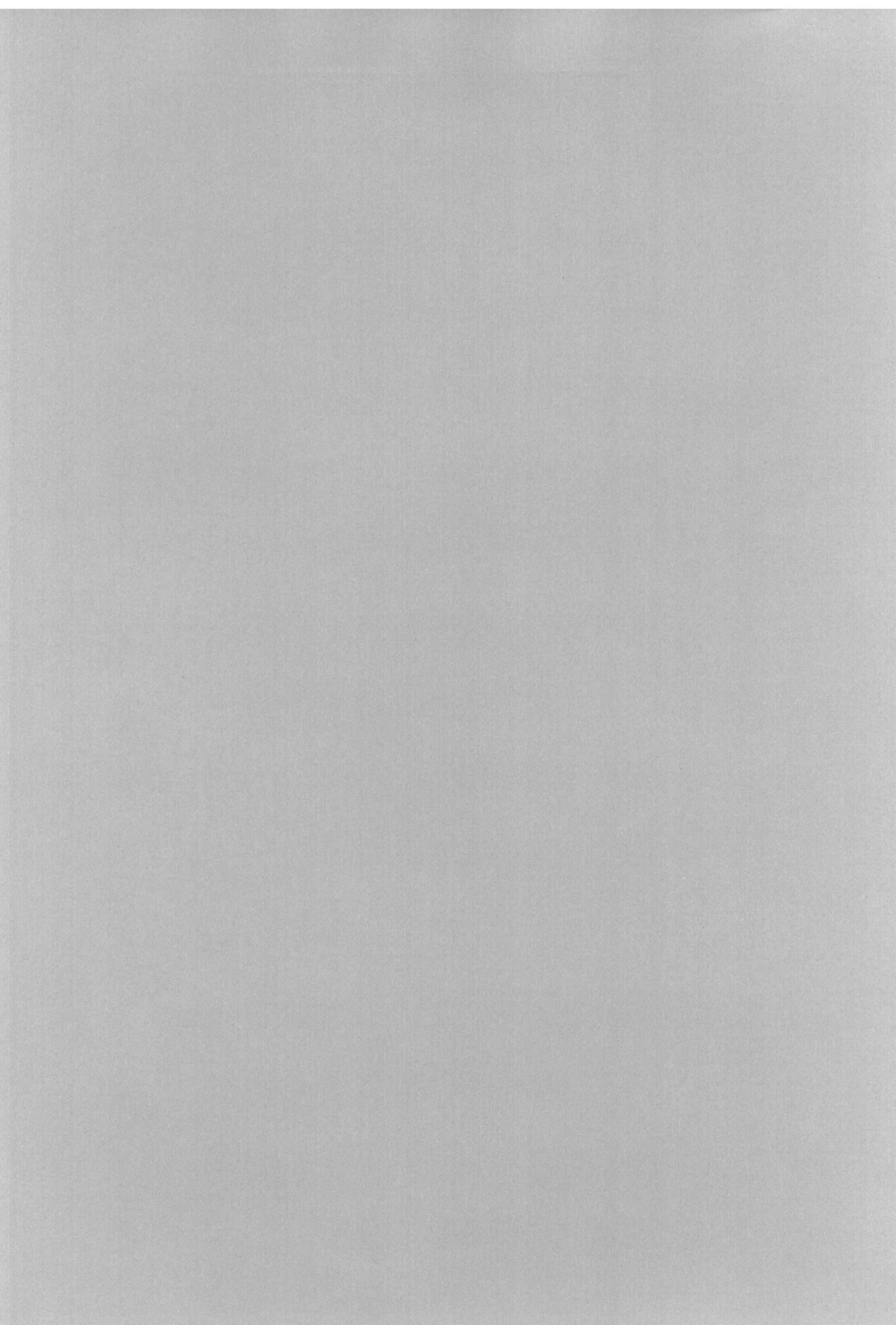
Die Stiftung hat die Diskussion ausgewertet und zur Information der Teilnehmer eine Zusammenfassung erarbeitet. Mit dieser Zusammenfassung sind mehrere Intentionen verbunden:

- > sie soll dazu beitragen, den Dialog fortzusetzen, und hierfür geeignete Anregungen geben.

> sie soll an der Arbeit der Stiftung interessierten Personen und Institutionen Einblick in die spezifische Aufgabenstellung der Stiftung geben und ihre Offenheit für weiterführende Überlegungen in diesem Themenfeld dokumentieren.

Damit verbindet die Stiftung ihren ausdrücklichen Dank an alle Beteiligten für ihre fruchtbare Mitwirkung.

Schader-Stiftung  
Darmstadt, April 1997



## 1. Erste Diskussionsrunde: Welche Erfahrungen mit KKGep sind im Themengebiet Wohnen und Wohnumfeld bekannt?

Die Schader-Stiftung hat sich neben aktuellen Fördertätigkeiten immer auch mit Grundfragen der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis befaßt. Gesellschaftswissenschaften und Praxis sind keine eindeutigen Begriffe und können sehr unterschiedlich gefüllt werden. Die Stiftung hat unter Gesellschaftswissenschaften Forschungsaktivitäten verstanden, die darauf abzielen, Erkenntnisse über das Zusammenleben von Menschen in Zeit und geographischem Raum zu erstellen. Als Praxis interessieren Tätigkeitsfelder, in denen gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse für die Erreichung der Tätigkeitsziele verwertbar sind. Kooperation kann sich dabei nicht allein auf die gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen im engeren Sinne wie Soziologie, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft beschränken, sondern sollte je nach Fall auf die Zusammenarbeit mit angrenzenden Fächern wie z.B. der Sozialpsychologie oder Teilen der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften ausgedehnt werden.

### Fünf Denkmodelle des Wissenschaft-Praxis-Verhältnisses

In der Literatur gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das Verhältnis zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis sein kann oder sein soll. Verbreitet sind fünf Denkmodelle:

- > naives Modell: Gesellschaftswissenschaften und Praxis laufen nebeneinander her, Kommunikation und Kooperation entstehen zufällig.
- > dezisionistisches Modell: Eine wertfreie Wissenschaft liefert der Praxis Informationen, die diese nach ihren eigenen Zielsetzungen verwendet.
- > technokratisches Modell: Die Wissenschaft ist Entdeckerin von Sachzwängen und Entwicklungstendenzen, die den objektiven Rahmen der Gestaltungsarbeit der Praxis bilden.

> humanistisches Modell: Die Wissenschaft weist den Weg in die freie und mündige Gesellschaft. Damit verbunden ist die Doppelrolle des Wissenschaftlers als kritischer Aufklärer und Lieferant praktisch verwertbarer Informationen.

> pragmatisches Modell: Gesellschaftswissenschaftler und Praktiker sind gleichrangige Partner, die zur Bewältigung konkreter Praxisprobleme direkte Kooperationen eingehen, deren Organisationsform dem jeweiligen Aktionsziel angemessen ist. Voraussetzung einer solchen unmittelbaren Zusammenarbeit sind wechselseitige Kommunikation und Kenntnisse der Arbeit des jeweils anderen. Wichtig ist hierfür das Ausblenden unproduktiver »Urschleimfragen«.

### Gesellschaftswissenschaften gelangen über komplizierte Interpretationsprozesse in die Praxis

Bekanntermaßen ist es die Ausnahme, daß gesellschaftswissenschaftliche Daten und Aussagen unmittelbar in Praxishandeln umgesetzt werden. Nur sehr selten mündet eine Wissenschafts-Praxis-Kooperation in eindeutiges, wissenschaftlich angeleitetes Praxishandeln. Dies haben auch die Ergebnisse der gesellschaftswissenschaftlichen Verwendungsforschung der 80er Jahre bestätigt. Gesellschaftswissenschaft wird in der Regel nicht 1:1 umgesetzt, sondern ihre Verwendung geschieht über komplizierte Interpretationsprozesse und Diskussionen der vorliegenden wissenschaftlichen Daten, in die unterschiedlichste Interessen einfließen. Die Verwertung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt hochgradig reflexiv und meist in ganz anderer Weise, als es sich die Wissenschaftler zunächst dachten.

Im übrigen hat sich ein Wissenschaftsverständnis, demzufolge Gesellschaftswissenschaften eindeutige und unbezweifelbare Wahrheiten produzieren, mittlerweile auch im Bereich der Praxis weitgehend aufgelöst. Gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse werden heute vielmehr als Antworten auf Fragestellungen aus bestimmten Blickpunkten begriffen, die von dieser Perspektive aus Erkenntnisse und Interessen an gesellschaftliches Geschehen herantragen. Und wenn sich die Blickpunkte verändern, so verändern sich die Erkenntnisse. Da in einer direkten Kooperation die



jeweiligen Blickpunkte erkannt, formuliert und diskutiert werden können, ist eine besonders effektive Verwertung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis dann zu erwarten, wenn direkte Kooperationsprozesse zwischen Gesellschaftswissenschaftlern und Praktikern für die Bewältigung von Praxisproblemen organisiert werden.

### **Es gibt keine eindeutige Trennlinie zwischen Wissenschaft und Praxis**

Klare Trennungen zwischen Wissenschaft und Praxis sind heute nicht mehr vorhanden. Ein fundamentaler Wandel gegenüber den frühen Formen der Politikberatung in den 60er und 70er Jahren ist mit der Akademisierung der Führungsschichten eingetreten. In der Grundtendenz existiert heute eine akademisierte, wissenschaftlich reflektierende Gesellschaft. Dies ist für die Verwertung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis insofern von Bedeutung, als es heute eine zunehmende Zahl von Praktikern mit gesellschaftswissenschaftlicher Aus- oder Zusatzbildung gibt, die aufgrund ihrer Vorbildung mit Gesellschaftswissenschaftlern und ihren Erkenntnissen anders umgehen (können) als gesellschaftswissenschaftliche Laien. In Ostdeutschland hat dieser Generationsvorlauf jedoch noch nicht stattgefunden. In der Zusammenarbeit mit der Verwaltung bestehen daher dort mehr Probleme, als dies im allgemeinen mit westdeutschen Kommunen der Fall ist.

Zudem gibt es auch innerhalb von Wissenschaft und Praxis erhebliche Spannweiten an Praxisorientierung einerseits und Offenheit für Wissenschaft andererseits. Daher hängt es sehr stark vom jeweiligen Standpunkt ab, was im Einzelfall als wissenschaftliches oder als praktisches Tun gilt. In einem breiten Überlappungsbereich ist gar keine eindeutige Zuordnung zu Wissenschaft oder Praxis mehr möglich: Ein Unternehmer, der Pläne zeichnet, kann gleichzeitig Erfahrung mit gesellschaftswissenschaftlicher Beratung haben, etwa bei der Bearbeitung eines sozialen Brennpunkts. Ein anderes Beispiel ist der Wohnbund, eine in Sachen Wohnungsbau gesellschaftswissenschaftlich beratende Organisation, die sich mehr und mehr wie ein Unternehmen selbst finanzieren muß.

### **Praxisbezogene Forschung findet vor allem außerhalb der Hochschule statt**

Beobachtungen zufolge wird praxisbezogene empirische Forschung in Deutschland vor allem von der hochschul-externen Forschung betrieben. Die betreffenden Personen sitzen meist in kleinen und kleinsten Instituten, die es mittlerweile in der Bundesrepublik in großer Zahl gibt. Allerdings gibt es auch an einer Reihe von Hochschulen »Nester« von praxisbezogenen Aktivitäten.

### **Das Interesse der Wohnungswirtschaft an Marktforschung ist noch gering**

Das Interesse der Wohnungswirtschaft an wissenschaftlicher Beratung, selbst im engeren Sinne einer Marktforschung, ist zur Zeit noch gering. Die in anderen Branchen üblichen Aufwendungen von 0,1 - 0,2% des Umsatzes werden in der Wohnbranche bei weitem nicht für Marktforschung aufgewendet. Es ist jedoch zu erwarten, daß das Interesse der Unternehmen in dem Maße steigen wird, in dem die Märkte schwieriger werden, sich ausdifferenzieren und horizontal wie vertikal segmentieren. Ein Forschungsbedarf, der in wissenschaftsübliche Projektdimensionen mit zwei Personenjahren und einem gewissen Anteil Grundlagenforschung mündet, wird von Unternehmen nur in seltenen Ausnahmefällen geäußert. Es dominieren Fragen, die von konkreten Einzelproblemen der Unternehmen ausgehen. Daraus wird geschlossen, daß das Bewußtsein für die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft in der Masse der (Wohnungs-)Unternehmen noch relativ unterentwickelt ist.

Aus Sicht der wohnungswirtschaftlichen Praxis steht bei Kooperationsprojekten mit Kommune, Land und anderen Partnern die Frage im Vordergrund, wie gewachsene Wohngebiete revitalisiert werden können. Am Ende eines solchen Projektes soll dann ein sanierter Stadtteil stehen. Die Volumina für solche Projekte sind z.B. 80 Mio. DM für ein Werksiedlungsbau-Projekt in den neuen Bundesländern, 50 Mio. DM für eine Satellitenstadt bei Ludwigshafen sowie 100 Mio. DM für eine ältere Werksiedlung in unmittelbarer Nähe des dortigen BASF-Werksgebietes, wobei die Kosten in erster Linie Aufwendungen für technische Maßnahmen sind. Diese beziehen

sich aber nicht nur auf den Baukörper, sondern auch auf das Wohnumfeld und den Stadtteil als Ganzes. Im Rahmen solcher Projekte sind mögliche Kooperationen mit den Gesellschaftswissenschaften z.B. Befragungsaktionen, mit denen die Menschen im Stadtteil mit in das Sanierungsvorhaben eingebunden werden. Eine andere Variante ist ein studentischer Ideenwettbewerb, etwa für die Gesamtkonzeption der Siedlung. Durch solche Maßnahmen kann auch im Rahmen der Bestandspolitik eine Diskussion über Stadtentwicklung insgesamt angestoßen werden.

### **Gesellschaftswissenschaften sollen politische Themen argumentativ unterfüttern**

Ist der Praxisbereich die Politik, deren Handeln sich weniger in konkreten Projekten, sondern eher in einer persuasiven Dimension niederschlägt, so kommt es für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis darauf an, ganz bestimmte Themen zu besetzen. Diese Themen müssen möglichst gut mit Argumenten unterfüttert und die politischen Aussagen wissenschaftlich belegt werden. Hier bewirkt der Zwang zur argumentativen Begründung in politischen und öffentlichen Diskussionen eine Nachfrage nach wissenschaftlichen Argumenten. Nachhaltige politische Wirksamkeit wird hier vor allem über das langsame Aufweichen festgefügter Leitbilder erreicht (Bsp.: Einen alten Baum... kann man doch verpflanzen).

### **Wo an Standpunkten nicht gerüttelt werden darf, findet die Verwendung von Gesellschaftswissenschaften ihre Grenzen**

Die Erfahrungen mit der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Politikvorbereitung sind ambivalent. Zum einen gibt es Fälle, in denen gesellschaftswissenschaftliche Daten substantielle Grundlage politischer Beratung und Planung sind, wie etwa die regionalisierte Wohnungsprognose. In anderen Bereichen, etwa dem des Mietrechts, erweisen sich die politischen Entscheidungsmechanismen als resistent gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen. Politik besteht nur bedingt aus rationalen Problembearbeitungsprozessen, als deren Grundlage wissenschaftliche Argumente dienen. Die Verwendung von Wissenschaft findet demnach dort ei-

ne Grenze, wo eine Änderung von Standpunkten auch mit noch so guten Argumenten unwahrscheinlich ist - z.B. weil die Logik der Parteienkonkurrenz es erfordert, Position zu beziehen und sich von den Positionen anderer Parteien deutlich zu unterscheiden.

### **Medien sind wichtige Informationsbroker zwischen Wissenschaft und Praxis**

In der Vermittlung zwischen Wissenschaft und Praxis spielen Journalisten und Medien eine sehr bedeutende Rolle als Informationsbroker. Oftmals werden Themen, auf die von der Wissenschaft bereits häufig hingewiesen wurde, in Politik und Praxis erst dann wahrgenommen, wenn z.B. die »Süddeutsche Zeitung« darüber auf Seite Drei berichtet. Vielfach gelangen so Themen erst über den Umweg der Medienberichterstattung in die Praxis. Dieser Umstand wird teilweise bereits gezielt für die Verbreitung wissenschaftlicher Ergebnisse genutzt.

### **Kommunikation und Kooperation findet in vielfältiger Form statt**

Die von wissenschaftlicher Seite eingesetzten »Transferinstrumente« sind vielfältiger Art. Sie reichen von Veröffentlichungen über Einzelfallberatungen, Vorträge, Werkstattgespräche bis hin zu institutionalisierten Kooperationsmodellen. Stichworte hierzu sind unter anderem:

- > Publikationstätigkeit mit Newslettern, Artikeln in Fachzeitschriften, Pressearbeit in den Publikumsmedien, Herausgabe von Zeitschriften als Diskussionsforen;
- > Vorträge und Referate in Unternehmen, auf Fachtagungen;
- > Veranstaltung von Tagungen, Symposien und Seminaren zum Erfahrungsaustausch und zur Aus-, Fort- und Weiterbildung. Hier sind besonders spezielle didaktische Formen wie Team teaching, kleine Arbeitsgruppen und die Fortsetzung des Austauschs über die Veranstaltung hinaus von Bedeutung. Die unterschiedlichen Veranstaltungsformen erreichen unterschiedliche Zielgruppen;

- > Wissenschaftliche Forschungsarbeit für Zwecke der Praxis, wie empirische Untersuchungen, Bereitstellen von Grundlagendaten, Entwurf von Szenarien, systematische Aufbereitung von vorbildlichen Lösungen;
- > Entwicklung, Begleitung und Beratung von praktischen Modellprojekten bis zur Übernahme von Verantwortlichkeiten für das Modell, Tandemprojekte mit wiss. Institut und praktischer Andockstation;
- > berufliche Rotation zwischen Wissenschaft und Praxis (selten);
- > Networking, Anbahnung und Organisation von Zusammenarbeit;
- > Anstoßen und Begleiten von Dialogprozessen, Organisation von Foren auf kommunaler Ebene, Quartiersmanagement, Gemeinwesenarbeit etc.

### **Publikationen und Tagungen sind obligatorische Formen**

Publikationen, Tagungen und Konferenzen gelten als obligatorische Vermittlungsformen. Neben direkter Kommunikation in Tagungen u.ä. braucht erfolgreiche Wissenskommunikation auch die mediale Verbreitung von Erfahrungen und Erkenntnissen. Als Grundsatz gilt: Man kann gar nicht genug publizieren. Denn es gibt immer jemand, der von Projekt X oder Y noch nichts gehört hat.

Vorträge auf Veranstaltungen von Unternehmen sind ein wichtiges Instrument, um neue Themen an die Unternehmen heranzubringen. Weitere Vermittlungsformen sind die Einzelberatung, die oft von Praktikern mit dem Ziel gesucht wird, die Kommunikation mit anderen Akteuren zu verbessern. Wichtig ist es hierbei, auf die manchmal sehr konkreten Informationsbedürfnisse der Praxis einzugehen.

Dazu tritt der Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Mit unterschiedlichen Maßnahmen und Veranstaltungsformen werden je unterschiedliche Zielgruppen erreicht, z.B. junge Nachwuchskräfte oder die Personen, die in der Praxis stehen. Unternehmensleiter werden am ehesten

durch Symposien und große Veranstaltungen erreicht. Mit der fortgeschrittenen Verwissenschaftlichung der Praxis und als Folge der gewandelten Tagesanforderungen in der Praxis bringt jedoch der Erfahrungsaustausch unter den wissenschaftlich vorgebildeten Praktikern den höchsten Fortbildungseffekt. Die Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen halten vielfach die Professoren für verzichtbar und bevorzugen kleine Arbeitsgruppen. Als wesentliche Elemente der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis gelten die Möglichkeit zum Lernen, etwa bei der Interpretation empirischer Daten, die Notwendigkeit des Erfahrungsaustauschs der Praktiker über ihre Kooperationserfahrungen (z.B. über den Austausch von Fragebögen) sowie die Motivation, Ermutigung und Anerkennung derjenigen Personen und Projekte, die sich um gesellschaftswissenschaftlich fundierte Vorhaben bemühen.

### **Modelle institutionalisierter Kooperation: Tandemforschung und Dialog-Verbund**

Modelle institutionalisierter Kooperation sind z.B. die Tandemforschung oder der Dialog-Verbund. In der Tandemforschung im Rahmen internationaler Kooperationen im Auftrag der EU bearbeitet eine Forschungsinstitution zusammen mit einer praktischen Anlaufstelle das jeweilige Thema. Ein Dialog-Verbund wird um ein bestimmtes Thema herum (z.B. Mobilitätsberatung im öffentlichen Nahverkehr) organisiert. Der Zusammenschluß von Einrichtungen, die u.a. mit dem Thema beschäftigt sind, dient dem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Hierbei ist es Aufgabe der Wissenschaft, die Praxis zu evaluieren, diese Ergebnisse zu diskutieren und daraus konzeptionelle Vorschläge für die Praxis zu erarbeiten.

### **Know-how-Transfer durch Systematisierung von Praxiserfahrungen**

Als eine positive Entwicklung ist zu verzeichnen, daß Politikberatung in zunehmenden Maße durch praktische Modellvorhaben begleitet werden muß. Dies stellt höhere Qualitätsanforderungen an die wissenschaftliche Beratung, da sie nun unter praktischen Beweiszwang gerät. Dagegen wird eingewandt, daß es zwar manche

gelungene Beispiele von Modellprojekten mit innovativem Charakter gibt. Doch eine andere, nach den vorliegenden Erfahrungen besonders produktive Variante ist der Know-how-Transfer aus den Innovations- und Modernisierungswerkstätten der praktischen Realität, in denen es in der Regel viel bunter und vielfältiger zugeht, als es sich die Theorie vorzustellen vermag. Wissensvermittlung besteht hier in der systematisierten Darstellung des Umgangs der Praxis mit bestimmten Fragen, z.B. der Anwendung des Städtebaurechts. In entsprechenden Veröffentlichungen wird dann gezeigt, wie in der Praxis das jeweilige Instrumentarium genutzt wurde, die Verträge abgefaßt worden sind und was städtebaulich dabei herausgekommen ist.

Ein anderes Beispiel für diese Vorgehensweise ist die Optimierung von Bürgerhäusern in ihrer inhaltlichen Ausrichtung, ihrer Steuerung und finanziellen Belastung für den Haushalt. Basis des Know-how-Transfers ist jeweils eine wissenschaftliche, systematisch-analytische Aufarbeitung von Beispielen aus der Praxis. Die Erfahrung zeigt, daß solche Beispielsammlungen von der Praxis sehr gut angenommen werden und als Handlungsanregungen dienen.

Mit der Sammlung, Sichtung und Dokumentation von Erfahrungen kann sich auch eine evaluative Überprüfung und Bewertung der verschiedenen Projekte und Studien verbinden. Beispielsammlungen von konkreten Praxiserfahrungen und Modellen haben für die Praxis einen großen Nutzwert, da sie ihren Wunsch nach unmittelbar handlungsrelevanten Informationen bedienen. Auch von anderen Instituten wird bestätigt, daß es eine starke Nachfrage nach Veröffentlichungen gibt, die anhand von Beispielen (z.B. mit Mustern städtebaulicher Verträge) praktische Handlungsanleitungen und Formulierungshilfen geben. Am Beispiel eines älteren Bands über Wohnumfeldverbesserung wird darauf hingewiesen, daß auch sehr gut aufbereitete wissenschaftliche Informationen noch auf Vorbehalte (zu wissenschaftlich) in der Praxis stoßen können, gerade wenn dort ein starkes Bedürfnis nach einfachen Rezepten besteht. Die Sammlung und wissenschaftlich-systematische Aufbereitung von Erfahrungen ist auch für die wissenschaftliche Praxisberatung produktiv, da sie oftmals unter ihrer Kurzatmigkeit und den mangelnden

Möglichkeiten leidet, die gemachten Erfahrungen auszuwerten.

### **Networking: Aufbau themenbezogener Kontaktnetze**

Eine weitere Form der KKGesP ist das Networking. Dieser neudeutsche Ausdruck bezeichnet den Aufbau themenbezogener Kontaktnetze zwischen Organisationen und Personen. Diese Vorgehensweise wurde vorgestellt am Beispiel eines interdisziplinären Handlungskonzepts der NRW-Landesregierung für bestimmte Stadtteile, in denen sich die Probleme des Strukturwandels im Ruhrgebiet konzentrieren. In solchen Stadtteilen sind viele Menschen arbeitslos geworden und junge Menschen gelangen nicht in Ausbildungsverhältnisse oder Arbeitszusammenhänge. In der Regel haben diese Stadtteile auch weder einen guten Wohnungsbestand noch eine gute Wohnumfeldqualität. Im Rahmen eines Handlungskonzepts versuchen nun verschiedene Ministerien, ihre Ressourcen zu bündeln. Die wissenschaftliche Aufgabe besteht in der Begleitung dieses Prozesses, sei es durch gezielte Beratung oder die Bearbeitung von Querschnittsthemen. Hierzu gehört auch die Organisation von Forumsveranstaltungen, auf denen die jeweiligen Quartierskonzepte vorgestellt werden. Diese Foren sind Orte des Dialogs und des überlokalen Erfahrungsaustauschs von Bewohnern, Initiativen und Vertretern der Verwaltung. Sie dienen dazu, Kontaktnetzwerke unter den Teilnehmern zu initiieren und die Kontakt- und Kommunikationsdichte zu fördern.

### **Eine neutrale Instanz ist wichtig für lokale Kommunikationsprozesse**

Bei ähnlichen Versuchen, Vermittlung zwischen Wissenschaft und Praxis als kommunalpolitischen Prozeß zu organisieren, wurde die Erfahrung gemacht, wie außerordentlich wichtig hierfür eine neutrale Instanz ist, z.B. ein Forschungsinstitut. Es ist jemand notwendig, der in Unkenntnis der örtlichen Situation mit ihren latenten Konflikten anfängt, den Prozeß zu organisieren, dies konsequent durchhält und hierzu Akteure an einen Tisch holt, die sich sonst aus dem Weg gehen. Eine damit verwandte Form sind informelle Regionalgespräche, die Personen aus den unter-

schiedlichsten Bereichen zusammenführen, Menschen, die sich nicht bewußt aus dem Weg gehen, sondern aus vielerlei anderen Gründen nicht den Weg an einen gemeinsamen Tisch finden.

Vor dem Hintergrund der Überlegung, daß für den Erfolg von KKGep weniger die Größe des Instituts eine Rolle spielt als vielmehr die Bereitschaft von Forschungsgruppen, sich in den Prozeß des Implementierens der Ergebnisse selber mit einzubringen, werden kleine, ortsgebundene Forschergruppen favorisiert. Da sie sich bis in die letzten Feinheiten mit der Aufgabe auskennen, haben sie einen Vorteil gegenüber externen Forschungsgruppen, die aufgrund fehlender Detailkenntnisse in der üblichen Zeit kaum Ergebnisse erzielen können.

### **Forschung ist auch indirekt für die Praxis nützlich**

Erfahrungswerte aus dem Vermittlungs- und Transferprozeß zeigen, daß es mindestens zwei Ebenen im Verhältnis von Wissenschaft und Praxis gibt. Diese Ebenen definieren sich durch zwei Erkenntnisinteressen, denen spiegelbildlich zwei Verwertbarkeitserwartungen zugeordnet werden können. Die erste Ebene ist die der unmittelbar anwendbaren Forschung. Dies kann z.B. eine Untersuchung zu den Einstellungen der Mieter zur Privatisierung im Auftrag einer Wohnungsgesellschaft sein, mit deren Hilfe das Privatisierungspotential im komplexen Wohnungsbau bestimmt werden kann. Solche im engeren Sinne anwendungsorientierte Forschung führt die Hochschule als Dienstleistung gegenüber der Region durch und um den Studenten die Möglichkeit zu geben, bestimmte Methoden und Fertigkeiten zu erlernen.

Die zweite Ebene ist die stärker theoriebezogene und der nicht direkt, sondern über Umwege anwendbaren Forschung. So kann eine ländervergleichende Untersuchung der Umsetzung von Förderinstrumenten der Wohnungspolitik in die kommunale Praxis über den Umweg der theoretischen Erörterung der Anpassungsflexibilität von Verwaltungen, die sich bestimmten Implementationsproblemen ausgesetzt sehen, indirekt wieder in die Praxis zurückgeführt werden. Während im ersten Fall das praktische Verwertungsinteresse im Vordergrund steht, ist es im zweiten

Fall das theoretische Interesse. Doch auf beiden Ebenen ist die Vermittlung von Wissenschaft in die Praxis grundsätzlich möglich.

Eine ähnlich gelagerte, theoretisch wie praktisch interessante Frage ist die nach den Selbstinformationsgewohnheiten kommunaler Akteure. Unbekannt ist, in welchem Ausmaß kooperative Formen der Implementation und der Verwirklichung von Projekten derzeit praktiziert werden. Entsprechende Forschung ist für die Frage der Zugänglichkeit kommunaler Akteure für Anregungen von außen ebenso wie für die nach Anknüpfungsmöglichkeiten von KKGep relevant.

### **KKGep aus humanitärem Engagement**

Einen Teil der Teilnehmer, so eine Selbstbeobachtung, zeichnet die Zugehörigkeit zu einer Generation aus, die die Motivation besaß, aus Wissenschaft Engagement zu machen. Dabei sind die Abgrenzungen von Wissenschaft und Praxis eher nebensächlich, da man sich nicht auf den Status des teilnehmenden Beobachters zurückziehen, sondern einen eigenen Part spielen möchte. Gerade seitens mancher Wissenschaftler verbinden sich mit KKGep in hohem Maße humane und altruistische Ziele: Engagement für »sozial Schwächere«, der Wunsch, etwas »für die Menschen« zu tun und zur Verbesserung von Lebensbedingungen beizutragen.

### **Grundformen der Kommunikation und Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis**

Zusammenfassend sind vier Grundformen von KKGep zu unterscheiden.

- > Beratung i.S. der Bereitstellung von Überblickswissen, Zahlen, Daten und Fakten. Einsatz von Methoden der empirischen Sozialforschung zum Zweck der Erforschung des Markts, der Kundenpräferenzen etc. ;
- > Organisation und Begleitung sozialer Prozesse;

- > Durchführung und Evaluation von Modellprojekten und die Vermittlung der hier gemachten Erfahrungen;
- > Aufklärung, Kritik und produktive Verunsicherung durch erweiterte Fragestellungen.

## **2. Zweite Diskussionsrunde: Welche Verbesserungen der KKGeP sind im Themengebiet Wohnen und Wohnumfeld wünschenswert?**

Die Wissenschaftler sind mit der frustrierenden Folgenlosigkeit von reinen Forschungsprojekten vertraut, deren Mühen allenfalls in ein Minister-Vorwort münden. Anders angelegte Projekte legen den Schluß nahe, daß man hartnäckig, geduldig und mit großem Aufwand einen Diffusionsprozeß organisieren muß, um praktische Wirksamkeit zu erzielen. Innovationen setzen sich im politischen Raum über einen langwierigen Diskussionsprozeß verschiedenster Akteure durch. Dies erfordert Ausdauer für viele Aktionen über mehrere Jahre. Lediglich punktuelle Aktionen und Vorschläge haben deswegen eine vergleichsweise geringe Wirkung.

### **Praktische Wirksamkeit erfordert Ausdauer und Geduld**

Die mangelnde Umsetzung von Forschungsergebnissen hat nicht nur auf Seiten der Wissenschaftler zu Frustrationen geführt, sondern auch auf Seiten der Auftraggeber, z.B. der Ministerien. Die pragmatische Konsequenz hieraus war der Verzicht auf große Projekte und eine Beschränkung auf kleine Projekte zu ganz spezifischen Fragestellungen, bei denen ein enger interaktiver Prozeß zwischen Auftraggebern, Betreuern und Durchführenden gewährleistet ist. Kritisch wird angemerkt, daß es viele Wissenschaftler nie gelernt haben, auf divergente Fragestellungen der Praxis einzugehen, sondern bevorzugt ihre eigenen Ideen verfolgen.

### **Umsetzung muß von Beginn an elementarer Bestandteil von Forschung sein**

Wissenschaftliche Forschung, die allein in eine Veröffentlichung mündet, gilt als unproduktiv. Niemand hat etwas davon, so das Argument, wenn Wissenschaftler Berichte verfassen, die am Ende als gebundenes Buch mit schönen Grafiken im Schrank liegen. Forschung sollte grundsätzlich ihre Umsetzung zum Ziel haben. Umsetzung darf aber nicht die Form eines Extras am Ende des

Projektes haben, sondern muß von Beginn an elementarer Bestandteil des Forschungsprozesses sein. Wenn die Fragen der Abnehmer nicht von vorneherein in die Forschung integriert werden, hilft am Projektende kein Nachbessern mehr. Daher muß man diejenigen, die die Fragen haben, mit in die Forschung einbeziehen und die enge kommunikative Abstimmung zwischen Wissenschaftlern und Praktikern über die gesamte Projektlaufzeit herstellen. Das kann z.B. über gemeinsame Arbeitsgruppen mit Praktikern geschehen, die permanent die neuesten Teilergebnisse erhalten und mit ihnen bereits arbeiten können. Zu Beginn des Projekts sollten die Fragestellungen auf Basis intensiver Diskussion theoretischer Erkenntnispotentiale und praktischer Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten präzisiert werden. Durch permanente Rückkopplung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der praktischen Problemlagen über die gesamte Projektlaufzeit hinweg kann ein Maximum an verwertbaren Ergebnissen erzielt werden. Dabei wird man feststellen, daß sich die Fragen unterwegs ändern. Diese Vorgehensweise ist aber nicht der Standard. Üblich ist immer noch die Abgabe eines empirischen Berichts.

### **Wissenschaft-Praxis-Kommunikation verstetigen**

In manchen Bereichen der Forschung entstehen hochinteraktive Kommunikationszusammenhänge zwischen Wissenschaft und Praxis, die nach Auslaufen der Projekte leider oftmals verschwinden. Hier stellt sich die Frage, ob und wie es gelingen kann, solche kommunikativen Netze zu verstetigen. Beispielsweise mißlang ein Versuch der Robert-Bosch-Stiftung, durch eine Regionalakademie die Wissenskommunikation über Stuttgart zu verstetigen. Gerade auch unter Praktikern gibt es eine Nachfrage nach der Verstetigung von Kommunikationsbeziehungen. Allerdings ist es nur selten möglich, einen Seminarreis erneut einzuladen. Nur in wenigen Bereichen, z.B. im halbjährlich tagenden »Gesprächskreis Stadterneuerung« (DIfU), ist die Kommunikation tatsächlich auf Dauer gestellt.

### **Kooperation ist aufwendiger als die übliche Routine**

Die Realisierung von KKGep stellt gewisse Anforderungen, die ebenfalls mit Kosten und Mühen verbunden sind. Eine sinnvolle Umsetzung von Informationen aus Praxis oder Wissenschaft in den jeweiligen anderen Arbeitsbereich erfordert z.B. entsprechend qualifiziertes Personal. Wissenschaft ist aufwendiger als die üblichen Routinevorgehensweisen und zieht einen erheblichen Kostenaufwand für ein wissenschaftliches Institut nach sich.

Informationen sind nicht umsonst zu haben. Da ihre Beschaffung Mühe und Kosten bereitet, wird dieser Aufwand i.d.R. in Relation zum erwarteten Nutzen gestellt. Bei fehlenden Informationen über den möglichen Ertrag von KKGep ist also Desinteresse und Ignoranz rational. Ob es ein Defizit an Kommunikation gibt, hängt davon ab, ob der Preis für Kommunikation auf Null gesetzt wird, oder ob man von einem realistischen Preis ausgeht. Setzt man einen Nullpreis an, wird es immer zuwenig Kommunikation geben. Tatsächlich ist es aber so, daß Kommunikation und Kooperation Kosten verursachen. Daher kann es ebenso wie eine rationale Ignoranz auch eine rationale Unterkommunikation geben. Wenn Kooperationskosten Hemmnisse darstellen, dann könnten diese durch entsprechende Investitionen Dritter etwas gemildert werden.

### **Kommunikationsdefizite in der kommunalen Praxis**

Ein Defizit an Kommunikation liegt in der Praxis im kommunalen Bereich vor. Im Bereich Wohnen gibt es starke Abschottungen, etwa wenn es um die organisatorische Trennung von Liegenschaftsamt, Wohnungsamt, Sozialamt und Stadtplanung geht. Die Frage der internen Kommunikation und Abstimmung ist zum einen ein Problem für die Ansprache von außen, zum anderen auch eine Schwierigkeit für Kooperationen. Hier bestehen Verbesserungsmöglichkeiten.

## **Kernproblem ist die unzureichende Anpassung zwischen Wohnangebot und -nachfrage**

Das inhaltliche Kernproblem im Themengebiet Wohnen und Wohnumfeld besteht darin, daß der derzeitige Wohnungsbestand einerseits im Prinzip mehr als ausreicht. Auf der anderen Seite führt die gesellschaftliche Dynamik immer wieder zu Diskrepanzen zwischen dem Wohnungsangebot und der Wohnungsnachfrage. So gibt es etwa eine unzureichende Übereinstimmung von Lebenszyklus und Bestandsnutzung, wenn alte Leute in ihnen selbst zu großen Wohnungen leben, Wohnungen also fehlbelegt sind. Das inhaltliche Problem, das Gegenstand einer Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Wohnungswirtschaft sein kann, wäre somit die Frage: Wie ist eine bessere Anpassung zwischen Angebot und Nachfrage zu erreichen? Dabei kann davon ausgegangen werden, daß sich das Angebot nur noch marginal um 1% p.a. ändert.

Die unzureichende Anpassung von Angebot und Nachfrage, so wird ergänzt, ist auf die Entwicklung der Teilmärkte unterhalb der globalen zahlenmäßigen Deckung von Haushalten und Wohnungen zurückzuführen. Trotz einer globalen Bedarfsdeckung gibt es punktuelle Unterversorgung. Demographische Veränderungen, Strukturbrüche sowie Veränderung der Wohnpräferenzen sind hierzu erklärende Stichworte. Die vom Wandel der Wohnpräferenzen angestoßene höhere Nachfrage kaufkräftiger Haushalte neueren Typs leitet gerade in den Problemzonen der Städte Prozesse ein, die unter anderem zur Vernichtung preiswerten Mietwohnungsbestands führen und so Verdrängung nach sich ziehen.

In diesem Zusammenhang mangelt es - unabhängig von den jeweils zu ziehenden wohnungspolitischen Schlußfolgerungen - derzeit an Wissen über den Wandel von Wohnpräferenzen und über Zusammenhänge zwischen bestimmten Wohnpräferenzen und der ökonomischen Ausstattung von Haushalten. Wie sich Wohnpräferenzen verändern, ist eine noch weitgehend ungeklärte Frage. Ebenso wäre es wichtig zu erfahren, welches ökonomische Potential sich mit veränderten Wohnpräferenzen verbindet.

## **Gesellschaftliche Desintegration und sinkende Interventionsfähigkeit des Staates sind wichtige Megatrends**

Für das Thema sind auch zwei Megatrends wichtig, die miteinander in Verbindung stehen. Der eine Trend ist die grundlegende Veränderung der Sozialstruktur, die zu einer gesellschaftlichen Desintegration führt. Sie wird durch Stichworte wie demographischer Wandel, Pluralisierung von Lebenslagen und Lebensstilen, neue Haushaltstypen, Polarisierung der Einkommensstruktur und Migration beschrieben. Der andere Trend ist die sinkende Interventionsfähigkeit des Staates. Vor dem Hintergrund der fiskalpolitischen Entwicklung fehlt nicht nur das Geld für sozialstaatlich orientierte Interventionsprogramme. Auch deren mögliche Effizienz wird zunehmend in Zweifel gezogen. Angesichts solcherart nachlassender Leistungsfähigkeit des Staates steht der wachsenden Ausdifferenzierung und Segmentierung des Marktes ein Rückzug sozialstaatlicher Politik auf die ordnungspolitische Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen und die Konzentration von Fördermitteln (z.B. Wohngeld) auf besonders Bedürftige gegenüber. Die Zahl der Belegungsrechte im öffentlich geförderten Wohnungsbestand wird sich in den nächsten Jahren dramatisch verkleinern. Für eine kompensatorische Sozialpolitik auf Quartiersebene werden immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Angesichts dieser Trends wird der Umgang mit Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung ein wichtiges Thema. Es stellt sich die Frage, wie der Rückzug des Staates durch die Revitalisierung und Aktivierung von Potentialen der Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe substituiert werden kann. Hierzu gibt es bereits Erkenntnisse und eine Reihe von Modellprojekten. Hier sieht auch die Wohnungswirtschaft Beratungsbedarf. Insgesamt ist die Frage, wie Kooperationsvorgänge in Zusammenarbeit zwischen Gesellschaftswissenschaften, Wohnungswirtschaft und Wohnungsbau in diesem Feld verbessert werden könnten.

Eine entsprechende Kooperation könnte sich auf das Thema Stadtteilmanagement beziehen oder auch auf die Frage, wie über gesellschaftswissenschaftlich fundierte Dienstleistungsangebote ein Vertrauensverhältnis zwischen Wohnungsverwaltung und Mietern aufzubauen ist, das darüber hinausgeht, daß die einen die Wohnung in Ord-



nung halten und die anderen ordentlich die Miete zahlen.

### **Eigentumsfragen hemmen die Gestaltung des Wohnumfelds**

Bei der Gestaltung des Wohnumfelds, so ein Hinweis, stellen eigentlich immer Eigentumsfragen das Hemmnis dar. In Blöcken und Beständen mit unterschiedlichen Eigentümern ist es besonders schwer, den Blick auf die Verbesserung des Ganzen zu richten. Lediglich im Falle eines Sanierungsgebiets existieren entwickelte Instrumente, an die Bewohner heranzukommen und interaktiv zu werden. In dichten Innenstädten ist die Gestaltung eines nachbarschaftlichen Umfelds jedoch schwer.

### **Revitalisierung von Wohngebieten durch Änderung der Bewohnerstruktur**

Das zentrale Problem bei der Revitalisierung älterer Wohngebiete liegt aus Sicht von Vertretern der Wohnungswirtschaft darin, daß sich dort im Laufe von Jahrzehnten eine problematische Bevölkerungsstruktur entwickelt hat. So gibt es in einem Quartier z.B. 50-60% ältere Pensionäre, die Gruppe der 25-40jährigen fehlt, und in einigen Ecken wohnen sehr viele Ausländer. Demzufolge besteht das praktische Problem darin, wie eine gute Durchmischung der Bevölkerung erreicht werden kann. Das Ziel ist ein Mix der Generationen und Einkommensgruppen im Stadtteil. Maßnahmen wie etwa die Konzentration von Aktivitäten auf betreutes Wohnen im Alter würden vor diesem Hintergrund lediglich eine schon als fehlerhaft erkannte Struktur verfestigen.

Es bedarf allerdings eines entsprechenden Know-hows, um die gewünschte Zielstruktur der Bewohnerschaft zu erreichen. Hier braucht das Wohnungsunternehmen Kooperationspartner und qualifizierte Beratung, gerade auch von Gesellschaftswissenschaftlern. Denn, so die Überlegung, es muß Wege zu einer vernünftigen Durchmischung geben. Wenn beispielsweise das Wohnungsunternehmen dazu bereit ist, im Rahmen der Fluktuation einen gewissen Leerstand zu akzeptieren, die Wohnungen entsprechend umzubauen und dann mit jüngeren Zielgruppen

neu zu belegen, dann müßte es möglich sein, eine neue Bewohnerstruktur aufzubauen.

### **Quartiersmanagement ermöglicht nachbarschaftliches Zusammenleben**

Ansatzpunkte hierzu könnten im Quartiers- oder Stadtteilmanagement existieren. Quartiersmanagement setzt an der Frage an: Wie organisiere ich eigentlich menschliches Zusammenleben? Es zielt auf die Aktivierung von Nachbarschaft und soll zu sozialer Integration führen. Man stellt sich hier die Frage, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden die gewünschte Heterogenität im Stadtteil erreicht werden kann. Wie können einzelne Maßnahmen zu stimmigen Quartierskonzepten zusammengeführt werden - in Kooperation mit der Gemeinde, den Trägern der Sozialarbeit, der Industrie und Handelskammer, den Bewohnern?

Am Beispiel Obdachlosigkeit wird eine Kooperation vorgeschlagen, die verschiedene Akteure an einen Tisch bringt und versuchen soll, das pekuniäre Interesse potentieller Vermieter mit dem gesellschaftlichen Interesse zusammenzuführen, Obdachlose wieder in einen Wohnzusammenhang zu integrieren. Bei derartigen Referenzprojekten wäre eine Betreuung des Wohnens erforderlich, die verhindern soll, daß die Menschen mit dem neuen Lebenszusammenhang nicht zurecht kommen.

### **Das Wohnquartier ist Ort gesellschaftlicher Integration**

Dies führt zu der Frage, wer integriert werden soll. Viele homogene Quartiere gelten zwar als unproblematisch, sind jedoch nur Ghettoisierung auf höherem Niveau. Die aktuelle Aufmerksamkeit richtet sich auf die als bedroht empfundenen Quartiere oder auf solche, in denen Menschen zusammenleben müssen, die nicht miteinander auskommen. Zu fragen ist aber auch, welche Problemstellungen zwar noch nicht akut, aber schon absehbar sind. Erschwerend kommt hinzu, daß gesellschaftliche Integration heute zunehmend weniger über den Arbeitsmarkt stattfindet. Damit verbleibt lediglich das Wohnquartier als gesellschaftliche Integrationseinheit.

Die Vorstellung, es müßten in einem Wohnquartier alle integriert werden, wird als Zwangsbe-glückung bezeichnet. Es besteht keine Notwen-digkeit, daß Alt und Jung zusammenwohnen. Im Gegenteil: In homogen zusammengesetzten Nachbarschaften, so die Vermutung, entsteht mehr Nachbarschaftshilfe als in heterogenen Nachbarschaften. Dem Gedanken, gesellschaftliche Integration vor allem im Quartier herzustellen, wird die Beobachtung entgegengehalten, daß sich gesellschaftliche Integration heute über-haupt nicht mehr über kleine Räume herstellen läßt. Da soziale Integration mittlerweile in einem erheblichem Maße von räumlicher Nähe losge-löst ist, kann der bestehende Integrationsbedarf nicht über die Wohnsituation gelöst werden.

Dennoch findet die These Zustimmung, daß dem Wohnquartier im Zusammenhang mit den Pro- zessen der gesellschaftlichen Desintegration eine besondere, integrative Rolle zukommt. Notwendig ist es aber, die Autonomie von Individuen und anderen Akteuren ebenso wie die Koopera- tion von Akteuren zu bejahen. Es bedarf daher der Entwicklung von Interaktionsformen, die Au- tonomie und Kooperation integrieren.

### **Mangel an preiswertem Wohnraum und weitere Problemfelder**

Als weiteres grundlegendes Problem im Themen- feld wird die derzeitige Ausrichtung der staatlichen Wohnungsbaupolitik gesehen. Entgegen den immer höheren Anforderungen des Arbeits- und Wirtschaftslebens an Mobilität und Flexibili- tät werden Eigenheimbesitzer immobil. Etwa, wenn sie andernorts höhere Mietbelastungen zu tragen haben oder sich vom Verkaufserlös kein neues Haus kaufen könnten. Erwähnt wird auch, daß es eine (spekulative) Mißachtung des gesell- schaftlichen Bedarfs an preiswertem Wohnraum gibt.

Ein Problemfeld wird auch in der infolge von Mobilität und niedrigen Wohnpreisen wohl un- aufhaltsamen Entwicklung an der Peripherie der Stadtregionen gesehen. Im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel werden sich hier absehbare Probleme ergeben, da fehlende Ver- sorgung und Dienstleistungen in der Nähe mit den vom Alter erzwungenen Lebensformen un- verträglich sind. Diesen Prozessen könne man

durch Nachverdichtung und die Entwicklung kleiner Zentren begegnen.

### **Vielfach andere Verhältnisse in den neuen Ländern**

Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, daß sich die Verhältnisse in den neuen Ländern vom Westen in vielen Punkten unterscheiden. So wohnen in Ostdeutschland mehr als 40% der Bevölkerung in Großsiedlungen, im Westen da- gegen nur 3-4%. Gleichzeitig hat in Ost- deutschland nach der Wende eine Differenzierung der Nachfrage eingesetzt, d.h. es werden andere Wohnformen nachgefragt, die aber nicht vorhanden sind. Die Nachfrage nach 4-Zimmer- Wohnungen sinkt. Dafür gibt es jedoch zuwenig 1- oder 2-Zimmer-Wohnungen für Alleinstehen- de oder jüngere Familien. Hierdurch steht eine Segregationsproblematik auf der Tagesordnung.

Angesichts ihrer Dimensionen ist die Weiterent- wicklung der Großwohnsiedlungen eigentlich eine Frage der Stadtentwicklung. Es gelingt im Osten auch zum Teil, mit dem Instrumentarium der Wohnungspolitik Stadtentwicklungspolitik zu machen. Was für Vorschläge können vorgelegt werden, so wird die Runde gefragt, um die Großwohnsiedlungen in funktionierende Stadt- teile zu verwandeln?

Im Gegensatz zu der häufig beklagten Versäu- lung der Gesellschaft besteht in den neuen Bun- desländern eine merkwürdige Unstrukturiert- heit der sozialen Situation, auch in der Selbstwahr- nehmung der Bürger. Neben einem außeror- dentlich weit verbreiteten Mißtrauen gegenüber allen marktwirtschaftlichen Vorgängen ist ein Selbstverständnis als autonomes Individuum und die Bereitschaft, in Wettbewerbsprozesse einzu- treten, nur wenig verbreitet. Man hat in der An- fangszeit negative Erfahrungen gemacht, die tief sitzen. Es gibt auch eine mangelnde Bereitschaft, sich anders als zu DDR-Zeiten, jedoch im Sinne einer Zivilgesellschaft, für ein Gemeinwesen ver- antwortlich zu fühlen. Vor diesem Hintergrund ist man in den neuen Bundesländern besonders darauf angewiesen, Kooperationsvorhaben zu organisieren. Die 20, 25 Jahre Erfahrungen mit Sanierungsmaßnahmen, Bürgerbeteiligung und Initiativgruppen, die es im Westen gibt, sind im Osten nicht vorhanden.

### **Gesellschaftswissenschaftliche Unterstützung ist bei der Erneuerung von Wohnsiedlungen in Ost und West gefragt**

Generell, so das Resümee eines Teilnehmers, besteht bei der Erneuerung von Wohnsiedlungen in Ost und West ein hoher Bedarf an gesellschaftswissenschaftlicher Unterstützung. Diese Unterstützung sollte sich nicht nur auf Programmierung und Sozialentwurf beschränken, sondern auch das In-Gang-Bringen von neuen Institutionen und Routinen der Verständigung mit einschließen. Hier besteht ein Markt für Gesellschaftswissenschaftler, speziell für Menschen mit sozialer Phantasie und Phantasie im Aufbau von Verfahren und Institutionen.

### **3. Dritte Diskussionsrunde: Welche Hemmnisse stehen einer Verbesserung der KKGEP im Themegebiet im Wege und wie könnte die Stiftung dazu beitragen, diese Hemmnisse zu überwinden?**

#### **Kooperation findet erst ab einem gewissen Leidensdruck statt**

KKGEP ist nicht der Regelfall. Weil Kooperation teurer und aufwendiger ist als die übliche Routine, findet sie meist erst ab einem gewissen Leidensdruck statt. Nach wie vor, so wird festgestellt, kommt die Problemwahrnehmung aus der Praxis. Zu einer unmittelbaren Kooperation von Praxis und Gesellschaftswissenschaften kommt es meist erst dann, wenn die Situation so kritisch und kompliziert ist, daß externe Hilfe für notwendig erachtet wird. Dies ist Ausdruck rationaler Ignoranz: Solange man mit seinen Problemen alleine zurecht kommt, kann man sich die Kosten und Mühen zusätzlicher Informationen sparen. Die Wissenschaftler sehen sich dann allerdings bevorzugt mit objektiv besonders schwierigen Situationen konfrontiert. Auch führt diese Praxis oftmals zu einer Indienstrahmung von Wissenschaft als sozialpolitischer Feuerwehr.

#### **Vielfach mangelnde Kenntnis des jeweiligen Gegenübers**

Die Erfahrung der Zusammenarbeit zeigt, daß auf Seiten der Entscheider oftmals nur diffuse Vorstellungen über das Wissen der Gesellschaftswissenschaften vorliegen. Weder existiert in der Praxis ein Bewußtsein für die Leistungsfähigkeit und Vorgehensweisen der Wissenschaft, noch sind in der Wissenschaft die Aufgaben und Fragestellungen der Praxis hinreichend detailliert bekannt. In aller Regel ist es den Beteiligten nicht möglich, aus dem Stand heraus eine »Leistungsbeschreibung« einer sinnvollen Kooperation zu entwerfen. Hier sind zunächst Vorgespräche erforderlich, in denen das Terrain sondiert und geklärt wird, welche Informationen die Gesellschaftswissenschaften überhaupt beisteuern können und was hiervon für das konkrete Vorhaben von Bedeutung ist. Es muß erst im Dialog

herausgefunden werden, ob und wie aus den Aufgaben der Praxis wissenschaftlich bearbeitbare Fragestellungen und aus deren möglichen Resultaten praktisch verwertbare Ergebnisse werden können. Erst auf dieser Grundlage kann eine konkretere Zusammenarbeit vereinbart werden.

### **Rotation zwischen Wissenschaft und Praxis findet nur selten statt**

Wenn Personen mit eigener wissenschaftlicher Erfahrung und Kenntnis der jeweiligen Praxis an den Schnittstellen sitzen, erleichtert es diesen Anbahnungsprozeß sehr. Doch eine Rotation von Personen zwischen Wissenschaft und Praxis geschieht in Deutschland nur selten. Auch aus Verwaltungsgründen hat es sich als ungeheuer schwierig erwiesen, Professoren für eine bestimmte Zeit aus der Universität herauszuholen oder Praktiker dorthin zurückzubringen.

### **Hierarchisches Denken hemmt direkte Kooperation**

Als hemmend für Kooperationsbeziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis wirkt sich gerade in den neuen Ländern der Umstand aus, daß die meisten Praktiker in den dortigen Kommunen es nicht gewohnt sind, eine direkte Kooperation auf gleichrangiger Ebene zu organisieren. Neben der vorherrschenden Erwartung von Rezepten und Vorschriften von oben besteht inhaltlich eine starke Neigung, sich an als überholt angesehenen Lösungen zu orientieren.

### **Fragestellungen der Wissenschaft in der Praxis überprüfen und weiterentwickeln**

Auch Forschung hat einen Auftrag. Es kann daher bei Kooperationen nicht darum gehen, daß Professoren Privataufträge akquirieren, sondern es ist auch der Auftrag der Forschungsinstitutionen zu berücksichtigen, z.B. anwendungsorientierte Grundlagenforschung zu betreiben. Insofern ist es bei Kooperationsprojekten erforderlich, daß aus Sicht der Forschung geprüft wird, ob das jeweilige Vorhaben einen entsprechenden exemplarischen Charakter hat. Hier kann es hemmend wirkend, daß jeder Wissenschaftler im Rahmen seiner fachspezifischen Ausrichtung ein

bestimmtes Erkenntnisziel hat und bestimmte Leitfragen verfolgt. In der Wirtschaftswissenschaft ist dies z.B. die Effizienz. Dies prägt die Vorstellungen der Wissenschaftler davon, welche Ziele mittels KKGEP in der Praxis realisiert, welche Faktoren hierfür relevant sind und welche Parameter optimiert werden könnten. Die disziplinäre Zielvorstellung deckt sich aber meist nicht mit der des Politikers oder Praktikers. Für den Wissenschaftler stellt sich nun die Frage, ob er sich an die Zieldefinition des Adressaten anpassen soll, oder ob es andere Möglichkeiten gibt.

### **Divergierende Ansprüche und Zielsetzungen**

Unterschiedliche Ansprüche gibt es auch hinsichtlich des Charakters, der Gültigkeit und der Reichweite von Aussagen. Da in der Praxis in der Kontingenz der Situation auf oft unsicherer Informationsgrundlage weitreichende Entscheidungen getroffen werden müssen, steht für Praktiker Komplexitätsreduktion im Vordergrund. Dagegen steht für den mit Analyse, Prognose und Evaluation befaßten Wissenschaftler die Berücksichtigung der gesamten Komplexität des Sachverhalts im Vordergrund. Weiterhin kollidiert der Wunsch nach Rezepten und Sicherheiten mit einem Ansatz, der Kritik und das Infragestellen des für selbstverständlich Gehaltene als besonders produktiv erachtet. Die unterschiedliche Bereitschaft zu normativen Setzungen und der Definition sozialer Ziele wirkt ebenfalls trennend.

### **Machtausübung statt rationaler Problemlösungsprozesse**

Die politische Dimension wird in der Diskussion nicht genügend berücksichtigt, so ein Einwurf. Die Entwicklung eines Viertels oder einer Stadt wird nicht durch bessere Konzepte, sondern von den jeweiligen Durchsetzungsmöglichkeiten entschieden. Man hat es im Themenfeld nicht mit rationalen Problemlösungsprozessen, sondern mit Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Ziele zu tun. Dazu wird ergänzt, daß die Kommunikation unter Quartierprojekten und ihre Vernetzung auch zur Organisation von Gegenmacht beitragen könnte.

Dazu heißt es, daß man vieles von dem, was in der Forschungslandschaft geschieht, nur verstehen kann, wenn man die Motivation derjenigen kennt, die die Forschungsaufträge vergeben. Der überwiegende Teil der Forschungsaufträge werde, so ein Argument, von den Ministerien jedoch nicht vergeben, um Probleme zu lösen, sondern um sie, zumindest für eine gewisse Zeit, vom Tisch zu bekommen.

Ein ähnlich ambivalentes Verhältnis zu Daten herrscht auch in der kommunalen Praxis. Einerseits gibt es eine Renaissance der Bemühungen um Indikatoren, Leistungsvergleiche etc., andererseits ist eine Abwehrhaltung gegenüber von außen kommenden Zahlen verbreitet, die maßstabssetzend sein könnten. Dennoch sind wissenschaftliche Daten aus der politischen Debatte heute nicht mehr wegzudenken. Wissenschaft werde hier gebraucht, da sie die Mittel für die symbolischen Handlungen der Scheinseriosität liefere.

### **Probleme des interdisziplinären Dialogs**

Es wird daran erinnert, daß es bereits 20 Jahre Dialog zwischen Stadtplanern und Soziologen gegeben hat. Stadtplaner haben heute am Ende ihres Studiums das allgemein bekannte soziologische Know-how über Wohnungen erworben. Doch die Zusammenarbeit muß am Ende des 20. Jahrhunderts anders aussehen. Es kommt darauf an, Sozial- und Entwurfsstrategien parallel zu entwickeln und sie möglichst eng miteinander zu verknüpfen. Beispielsweise sollten die Strategien im Fall von Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche möglichst so aussehen, daß die Architekten etwas entwerfen, was die Jugendlichen selber bauen können.

Die 20 Jahre Dialog, so wird ergänzt, sind 20 Jahre des abnehmenden Dialogs. Diese Tendenz ist in der Ausbildung von Architektur und Städtebau deutlicher zu beobachten als in der Stadtsoziologie. Beschreibungen von Bauten sprechen neuerlich vielfach nur mehr über formale Dinge. Hier ist man wieder auf den Stand von 1965 zurückgefallen. Allerdings wird eingeräumt, daß der Dialog immer nur in einem relativ kleinen Kreis stattgefunden hat, der mittlerweile in die Jahre gekommen ist und auch kaum Nachfolger fand.

Offenbar gibt es bereits zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen Kommunikationsblockaden und Schwierigkeiten, sich zu verständigen. Es ist die Konzentration auf eine fachliche Sichtweise, die es erschwert, sich über die gemeinsam interessierenden Fragestellungen zu verständigen. Gerade Jüngere stehen vor dem Problem, daß bestimmte Fragen, da vorgeblich altbekannt, gar nicht mehr diskutiert werden. Andererseits aber werden diejenigen, die eine interdisziplinäre und internationale Sichtweise haben, von den Älteren oft als bedrohlich empfunden und gemieden oder gar behindert.

### **Der (fehlende) Glaube an Herstellbarkeit trennt fundamental**

Ein prinzipieller Unterschied zwischen Planern und Architekten einerseits sowie Gesellschaftswissenschaftlern andererseits liegt in ihrem Grundverständnis. In Planern ist die Vorstellung der Herstellbarkeit ihrer Konzepte tief verwurzelt, während Gesellschaftswissenschaftler in dieser Hinsicht außerordentlich skeptisch sind. In den Gesellschaftswissenschaften herrscht die kritisch-analytische Ex-Post-Betrachtung des jeweiligen Gegenstands vor. Die Entwicklung von Sozialentwürfen gerate schnell unter Ideologie- oder Utopieverdacht. Gesellschaftswissenschaften und Praxis trennt der (fehlende) Glaube an die Herstellbarkeit der eigenen Konzepte/Theorien fundamental.

Um diese Kluft zu überwinden, sei es notwendig, daß Gesellschaftswissenschaftler verstärkt mit Entwürfen über die Gegenwart hinaus denken. Ein Beitrag der Gesellschaftswissenschaften in diesem Zusammenhang könnte das »Institution building« sein, also die Entwicklung neuer Formen von Kooperation und Zusammenarbeit. Wichtig hierbei ist, so wird betont, daß beide Seiten kreativ werden. Kooperation kann nicht darin bestehen, daß die eine Seite der Zulieferer der anderen Seite ist. Kooperation muß eine gemeinsame kreative Arbeit sein. Dies kann z.B. in Entwurfsseminaren geübt werden. Sie sind eine Form der Umsetzung von Projektergebnissen in die Praxis, die auch von Unternehmen zur Ideenproduktion genutzt wird. Hier sollte dann zum Hausentwurf zugleich der Sozialentwurf mitgeliefert werden. Architekten und Soziologen sollten auch Institutionen und Prozesse zusammen

entwerfen, wie dies bei Ideenwettbewerben sozialplanerischer Art in den 70er Jahren bereits der Fall war.

Im Zusammenhang mit »Institution building« wird gefragt, wie soziale Lernprozesse organisiert werden können. Identifizierbare, routinisierte Formen der Kooperation könnten den Grundstoff für Modelle und Experimente abgeben. Allerdings wird vermutet, daß in der Praxis die traditionellen Routinen überwiegen und es wenig innovative Ansätze gibt.

### **Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration als Gegenstand praxisorientierter Gesellschaftswissenschaften**

Auch in der gesellschaftstheoretischen Debatte deutet sich eine grundsätzliche Wende an: Nach jahrzehntelanger Beobachtung gesellschaftlicher Ausdifferenzierung rückt die Frage nach den Möglichkeiten gesellschaftlicher Integration und der positiven Formulierung entsprechender Handlungsansätze wieder in den Vordergrund. Es gibt allerdings große Vorbehalte, sich dieser Frage anzunehmen, da hierbei viele »historische Altlasten« mitschwingen, z.B. die Diskussion um den Gemeinschaftsbegriff.

Vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Zielsetzungen wäre es beispielsweise möglich, das bisherige Quartiersmanagement von seiner Rolle als sozialer Feuerwehrpolitik abzulösen. Hier fehlt insbesondere eine überregionale Vernetzung von Informationen, da sich die Arbeit bislang sehr stark auf die jeweils lokalen Akteure konzentriert.

Gegenüber der Vorstellung, Gesellschaftswissenschaftler sollten gesellschaftspolitische Visionen entwickeln, wird aber auch deutliche Skepsis geäußert. Im Sinne eines konstruktiven Miteinanders ist es den Gesellschaftswissenschaftlern aufgrund ihrer Kenntnis von Gesellschaft allerdings möglich, Praktiker auf bestimmte Dinge aufmerksam zu machen und ihnen in vielerlei Hinsicht fruchtbare Hinweise zu geben.

Dies sei eine zu positive Sichtweise, wird hiergegen eingewandt. Der Anreiz für Kommunikation und Dialog liegt darin, daß andere etwas leisten können, was man selbst nicht leisten kann. Doch

die Last der Bewertung des Wissens wird auf den fragenden Praktiker abgewälzt, da die Gesellschaftswissenschaftler untereinander keine Einigung hierüber herstellen. Hierin liegt auch ein wesentliches Hemmnis des Dialogs. Im übrigen ist es fraglich, ob es sich für Praktiker lohnt, allein mit einem Gesellschaftswissenschaftler zu sprechen. Wenn auch andere Disziplinen mit einbezogen werden sollen, kommt zu der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis das große Problem der Interdisziplinarität hinzu.

### **Formulierung von Soll-Zuständen durch Gesellschaftswissenschaftler umstritten**

In den frühen 70er Jahren sind diese Probleme intensiv diskutiert worden. Damals gab es in der Politik die Überzeugung, Gesellschaftswissenschaften könnten definitive Lösungen für bestimmte Probleme entwickeln. Diese Überzeugung wird heute mit großer Skepsis betrachtet. Vor allem auf die Frage: Was sollen wir tun? könnten Gesellschaftswissenschaftler keine Antwort geben, da sie hierzu den Bereich der Analyse verlassen und Zielvorstellungen oder Soll-Zustände definieren müßten. Konstruktiv kann dagegen eine pragmatische, direkte Kommunikation zwischen Gesellschaftswissenschaftlern und Praktikern sein.

### **Thematische Beschränkung auf das engere Wohnumfeld zu eng**

Eine Beschränkung der Diskussion auf das engere Wohnumfeld, d.h. dem vom Wohnungsfenster aus sichtbaren Bereich, wird als zu eng abgelehnt. Dem Begriff Wohnumfeld sind alle Bereiche zuzurechnen, die mit Wohnen im weiteren Sinne zu tun haben, wie z.B. Stadtentwicklungspolitik. In diesem Zusammenhang kann etwa die Bedeutung des Modebegriffs »Nachhaltige Stadtentwicklung« für die künftigen Wohnungsbedarfe thematisiert werden.

Im Zuge der bereits angesprochenen gesellschaftlichen Veränderungen entsteht auch neuer Forschungsbedarf über die gesellschaftliche Bedeutung des Wohnens. Die Wohnung, so eine These, wird in den nächsten 20 Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen. Damit wird sich vermutlich eine Neubestimmung der Funktion

des Wohnens verbinden. Erinnert wird an Vorschläge, aus einer Neubesinnung auf die Bedeutung der Hauswirtschaft den Kern eines neuen Gemeinwesens zu entwickeln.

#### **Wohnungsunternehmen erwarten von KKGesP die Absicherung unsicherer Investitionsentscheidungen**

Seitens der Wohnungsunternehmen wird von der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern die Vermittlung von Entscheidungsgrundlagen erhofft. Zur Absicherung unsicherer Investitionsentscheidungen werden Daten, Analysen und Prognosen über die Entwicklung des Marktes und der Bedürfnisse der Marktteilnehmer benötigt. Es ist allerdings zu bedenken, daß auf der Grundlage empirischer Sozialforschung keine wissenschaftlich seriösen Aussagen darüber gemacht werden können, ob die Ergebnisse heutiger Planungen in 10 oder 15 Jahren noch bedarfsgerecht sind. Dies kann aber nicht als Argument gegen eine Zusammenarbeit gelten, wird dagegen gehalten. Unternehmen mit einer langfristigen Perspektive gehen mit ihren Investitionsentscheidungen stets ein Risiko ein. Auch wenn Gesellschaftswissenschaften keine 100%-ige Sicherheit bieten können, so ist ihnen doch eine differenzierte Abschätzung von Entwicklungen möglich.

#### **Mißverhältnisse zwischen Beratungsergebnissen und Umsetzungsmöglichkeiten**

Auf den Wunsch von Unternehmen, mit zusätzlichem Wissen aus den Gesellschaftswissenschaften sichere Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, soll eingegangen werden. Im Gespräch ist jedoch zu klären, inwieweit ein wissenschaftliches Vorgehen diesem Wunsch entsprechen kann. Zu klären ist unter anderem, welche Umsetzungsinstrumente der Wohnungswirtschaft zur Verfügung stehen. Reichen sie aus, um den gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen mit unternehmerischen Entscheidungen entsprechen zu können? Reichen Belegungspolitik und Wohnungsausstattung als Steuerungsparameter aus, um die komplexen Erkenntnisse gesellschaftswissenschaftlicher Untersuchungen in der Praxis zu berücksichtigen?

#### **4. Vierte Diskussionsrunde: Welche Problem- und Aufgabenstellungen sind von besonderer Bedeutung im Themengebiet? Welche Rolle kann die Stiftung bei der Schaffung und Betreuung der hierfür erforderlichen KKGesP-Strukturen übernehmen?**

Die Stiftung ist mit der Vorstellung gegründet worden, daß Entscheidern in Politik, Wirtschaft und Verwaltung seitens der Gesellschaftswissenschaftler eine Hilfe gegeben werden soll. Die Stiftung hat sich in den letzten Jahren mit dem Themenfeld Wohnen und Wohnumfeld beschäftigt und wird sich in Zukunft verstärkt auf dieses Gebiet konzentrieren. Mittlerweile wird die Stiftung von Praktikern darauf angesprochen, wie eine Kooperation mit Gesellschaftswissenschaftlern organisiert werden kann. Am Beispiel von Aufgabenstellungen der BASF-Wohnungsunternehmen wird hierzu beispielhaft erörtert, wie eine Zusammenarbeit von Gesellschaftswissenschaftlern und Praktikern aussehen kann.

#### **Organisation von Kooperation am Beispiel der BASF-Wohnungsunternehmen**

Die LUWOG, die Dachgesellschaft der Wohnungsunternehmen der BASF, versteht sich als Dienstleistungskonzern der BASF-Gruppe. Ihre Unternehmen kommunizieren in wohnungspolitischen Fragen aktiv mit Politik, Sozialpartnern, Wissenschaft und Gesellschaft, um so auch zu einer größeren Akzeptanz der BASF beizutragen. Hier werden neue Wege der erhaltenden Stadterneuerung gegangen, die der Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Menschen an Standorten der BASF dienen. Die Unternehmen haben zur Zeit drei große Projekte: Schwarzheide in Brandenburg, wo 175 Reihenhäuser in einer historischen Werksiedlung saniert wurden. Kooperationspartner waren das Land Brandenburg, die Stadt Schwarzheide, die BASF-Wohnungsunternehmen, die BASF Schwarzheide und andere, wie etwa Herr Prof. Keim bei einem Wettbewerbsverfahren.

Bei der Kooperation zum Projekt Schwarzheide wurde darauf geachtet, daß alle Beteiligten profitieren und so eine »Win-win«-Situation hergestellt wird. Das Unternehmen wurde durch das Land Brandenburg für eine Kooperation gewonnen. Das Land hatte wohnungspolitische Ziele und wollte den Bestand als Mietwohnungen sowie den städtebaulichen Charakter einer historischen Werksiedlung erhalten. Die Zieldefinition des Projekts »Vitalisierung« ist eine Formulierung, die gemeinsam mit der Stadt entstanden ist und als Ausdruck des gemeinsamen Interesses an Strukturen, die auch in der Zukunft Bestand haben, interpretiert werden kann. Hierzu gehört z.B. die Erhöhung der Attraktivität des Wohnortes, um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken.

Das zweite Projekt ist eine Ende der 60er/Anfang der 70er entstandene Satellitenstadt in Ludwigshafen mit ca. 10.000 Einwohnern. Dort gibt es alle bekannten Probleme solcher Anlagen, wenngleich sie nicht so gravierend wie anderswo sind. In diesem Gebiet gibt es 300 Wohnungseigentümer, 1.300 BASF-Wohnungen und 1.300 der Stadt Ludwigshafen. Hier haben Stadt und BASF eine Partnerschaft gebildet. Ziel ist es, einen *turn-around* für dieses Wohngebiet zu erreichen und es in vieler Hinsicht attraktiver zu machen.

Das dritte, hier zur näheren Diskussion stehende Projekt ist eine Werksiedlung in unmittelbarer Nachbarschaft zum BASF-Werksgelände in Ludwigshafen mit ca. 900 Wohnungen. Es sind kleine Wohnungen mit Sanierungsbedarf und erschwerter Vermietbarkeit. Sie befinden sich in Geschoßbauten, die vier zusammenhängende Wohnanlagen mit relativ viel Freiraum in den Innenbereichen bilden. Der Gebäudezustand ist unterschiedlich. Das Ziel ist die Realisierung eines flexiblen Stufenkonzepts, wobei durch Lärmschutz zur Straße hin wertvollere Wohngebiete im hinteren Bereich geschaffen werden, die aber differenziert saniert werden. Oberbegriff des Sanierungskonzepts ist die Revitalisierung und Neuinterpretation des Werksiedlungsgedankens.

### **Wohnungsunternehmen sucht innovative Sozialkonzepte**

Die Fragen des Unternehmens zu diesem Projekt sind: Wer wohnt derzeit in den Wohnungen?

Wer sollte in Zukunft dort wohnen? Wie kann in diesem Zusammenhang die Politik von BASF und Stadt aussehen? Wie kann erreicht werden, daß die Infrastrukturmaßnahmen so ausgerichtet werden, daß sie nicht nur der jetzigen, sondern auch der zukünftigen Struktur der Siedlung gerecht werden?

Gesucht werden innovative Sozialkonzepte, d.h. Konzepte, die z.B. auf ältere Menschen ausgerichtet sind oder auch die Einrichtung behindertengerechter Wohnungen als Einzelanlage umfassen. Denkbar ist auch ein spezielles Karree für junge Mitarbeiter mit Familien im Alter zwischen 25 und 40. Relativ weit fortgeschritten sind die Überlegungen für ein Azubi-Haus, das von Auszubildenden im Rahmen der Ausbildung selbst saniert und später auch selbst verwaltet und bewirtschaftet werden soll.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang das bereits kontrovers diskutierte Thema soziale Durchmischung. Aus der Sicht des Unternehmens ist es notwendig, für die Siedlung eine Zielstruktur der Bewohnerschaft zu definieren, die mit dem Unternehmensauftrag korrespondiert.

### **In den Städten herrschen Loose-loose-Situationen vor**

Es wird die Frage aufgeworfen, ob hier überhaupt eine wissenschaftliche Problembearbeitung erforderlich sei, da die Situation in den Städten vielfach eine andere als in den drei vorgestellten Projekten ist. Zum einen gibt es dort keine handlungsfähigen Partner, mit denen Kooperationen eingegangen werden könnten, zum anderen läßt sich in vielen Bereichen keine »Win-win«-Situation herstellen. So stößt beispielsweise in München der Neubau von Wohnungen trotz erheblichen Wohnungsbedarfs auf massive Proteste von Anwohnern. Hier versucht jeder einzelne, für sich eine optimale Situation herzustellen, sei es durch den Erhalt einer Hundewiese oder durch die Abwehr von Kindern, Alten, Arbeitslosen, Schwarzen oder Gelben in der Nachbarschaft. Dies stellt diejenigen, die gesellschaftspolitische Verantwortung tragen, vor einen wachsenden Berg unlösbarer Probleme. Die auch wissenschaftlich zu bearbeitende Frage liegt daher eher in der Überwindung von »Loose-loose«-Situationen.



### **Entwicklung von Zukunftsvisionen als Aufgabe gesellschaftswissenschaftlicher Begleitung?**

Andererseits heißt es, die wesentliche Aufgabe eines gesellschaftswissenschaftlichen Begleiters sei die Frage nach der Zukunftsvision für das zur Diskussion stehende Gebiet, etwa der Werksiedlung. Er sollte einen Prozeß moderieren, in dem die Zukunftsvision von den Akteuren und Entscheidungsträgern selbst entwickelt wird. Seine Aufgabe wäre es, Fragen zu stellen, auf Probleme hinzuweisen und Daten zu liefern. Zu einer solchen Zukunftsvision gehöre z.B. ein Szenario der Siedlungsentwicklung in den nächsten 20 Jahren, Analysen der Bewohnerstruktur und Mieterbefragungen. Auch bei der Überprüfung des Konzepts der zukünftigen Bewohnerstruktur seien Gesellschaftswissenschaftler gefragt. Ihre Rolle könne in der Analyse und Prognose möglicher Konsequenzen und unbeabsichtigter Nebenfolgen bestehen.

Mieterbeteiligung, wird ein alter Merksatz zitiert, ist kein Sozialismus, sondern eine Frage der Betriebswirtschaft. Im Sinne der Absicherung von Investitionen dient Bewohnerbeteiligung dazu, die Siedlung zu einem gefragten Standort am Wohnungsmarkt zu entwickeln. Hierzu wird den Wohnungsunternehmen vorgeschlagen, diejenigen einzuladen, die ähnliche Prozesse in Problemregionen organisieren. Sie sollten vorstellen, wie Stadtteilkonferenzen durchgeführt, Befragungen organisiert und interaktive Prozesse gestaltet werden. Zur Organisation eines entsprechenden Vorhabens könnten dann 3-4 entsprechend geeignete Personen eingestellt werden.

### **Gesellschaftswissenschaften können Tatbestände erfassen, soziale Prozesse organisieren und unbeabsichtigte Folgen entdecken**

Zusammenfassend wird festgestellt, daß Gesellschaftswissenschaften an dieser Stelle in dreierlei Hinsicht gefragt seien. Zum ersten, indem sie nach den Regeln der empirischen Sozialforschung Tatbestände erfaßt, wie Wünsche oder Zufriedenheiten. Zweitens sind Personen gesucht, die auf der Basis ihrer gesellschaftswissenschaftlichen Erfahrung die Kompetenz haben, soziale Prozesse zu organisieren. Drittens sollten

Gesellschaftswissenschaften hier die unbeabsichtigten Folgen sozialen Handelns identifizieren.

### **Aus der Sammlung von Interaktionsformen lernen**

Die Stiftung könne z.B. über Ausschreibungen eine Reihe ähnlicher Projekte suchen und sich dann an der Entwicklung lokaler interaktiver Prozesse beteiligen. Hieraus entstehe dann eine Sammlung unterschiedlicher Interaktionsformen, von der dann wieder andere lernen könnten, die in ähnlichen Situationen stehen. So würden schrittweise für bestimmte Situationen Instrumente entwickelt.

Zum Einsatz als Organisatoren interaktiver Prozesse seien Gesellschaftswissenschaftler gut geeignet. In den Gesellschaftswissenschaften existiere ein breites Hintergrundwissen hierzu. Die Gesellschaftswissenschaften hätten auch Instrumente zur Hand, um Menschen in ganz unterschiedlichen Akteurskonstellationen zu gemeinsamen Verabredungen zu bewegen.

Es wird vorgeschlagen, sich generell mit Prozessen des Entscheidens im Bereich der wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Praxis auseinanderzusetzen. Dies könne speziell unter dem Blickwinkel des institutionellen Lernens und der Entwicklung neuer Kooperationsformen in der Verwaltung geschehen.

### **Unternehmerische Problemlösungen für die Bearbeitung gesellschaftlicher Aufgaben nutzbar machen**

Diese Diskussion wirft die Frage auf, wo die Schwerpunkte im Themenfeld Wohnen und Wohnumfeld liegen. Sollte das Gewicht eher auf wohnungspolitische Fragestellungen im engeren betriebswirtschaftlichen Sinn oder stärker auf allgemeine gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Fragen gelegt werden?

Während der Beitrag der Gesellschaftswissenschaften zur Lösung der betrieblichen Probleme relativ gesichert sei, liege er bei den großen Problemen eher im Dunkeln, da hier die Dimension politischer Macht eine große Rolle spiele. Interes-

sant wäre es statt dessen, Probleme mittlerer Reichweite zu bearbeiten.

Die Stiftung, wird eingewandt, solle es nicht als ihre Aufgabe ansehen, unternehmerische Aufgaben zu lösen. Diese sollten von den Unternehmen gelöst werden. Als Ansatzpunkt bleibe jedoch die Frage, wie die Lösung unternehmerischen Aufgaben für die Lösung gesellschaftlicher Probleme genutzt werden kann. Was könnten die Unternehmen wie tun, damit ihr Handeln auch für die Gesellschaft insgesamt positive Auswirkungen hat?

Neben den legitimen betriebswirtschaftlichen Anliegen eines Unternehmens gibt es Anliegen, die nicht betriebswirtschaftlicher Natur sind. Dazu zählen Integration, Urbanität, die Stabilisierung eines Quartiers oder die ständige Selbsterneuerung eines Quartiers. So entstehen in deutschen Städten mittlerweile Armutinseln und eine weiträumige Segregation, die bisher eher aus dem Ausland bekannte Phänomene waren. Es gibt schlimme Fälle von Destabilisierung, derer man sich annehmen sollte. Besondere Aufmerksamkeit verdienen aber auch die Fälle, in denen es *noch* nicht zu Problemen gekommen ist. Hier stellt sich die Frage, ob der Schwerpunkt eher auf Feuerwehrarbeit an sozialen Brennpunkten oder auf ein präventives Vorgehen gelegt werden sollte.

Das grundlegende Problem ist, ob gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Ziele durch die Addition einzelbetrieblicher Optimierungen erreicht werden können. Es werden starke Zweifel daran geäußert, ob eine Verbesserung der Gesamtstruktur allein dadurch erreicht werden könne, daß jedes Wohnungsunternehmen das Optimum aus seinem Betrieb herausholt. Erschwerend komme hinzu, daß die Destabilisierung von Quartieren aus betriebswirtschaftlicher Sicht recht harmlos sein kann, volkswirtschaftlich jedoch verheerende Folgen habe. Deswegen sei der Rückzug des Staates aus diesem Bereich falsch. Es stellt sich die Frage, ob Dritte hier einspringen und sich der Frage annehmen, wie ein gesellschaftliches Gesamtinteresse innerhalb betriebswirtschaftlicher Anliegen weitergebracht werden kann.

## **Das Quartier als Praxisfeld**

Im Quartiersbezug könnte die Stiftung ein vielfältiges Praxisfeld identifizieren. Dieser konkrete Bezug sollte aber nicht Wohnen und Wohnumfeld genannt werden, da z.B. Wohnumfeldverbesserung mittlerweile nicht ohne Grund als »Dummdeutsch« bezeichnet werde. Hier bietet sich eher der Quartiersbegriff an.

Aufgabe der Stiftung könnte es sein, für diesen konkreten Bezug als praxisbezogener Broker zwischen den Wissenschaften und den Akteuren tätig zu werden. Statt sich ohnehin erfolgreichen Projekten oder »Win-win«-Situationen zuzuwenden, sei es im Sinne einer Gemeinwohlorientierung, sich in den als Problem regelmäßig liegbleibenden Bereichen zu engagieren. Dort komme es darauf an, durch »Institution building« oder die Moderation interaktiver Prozesse die Grundlagen einer selbsttragenden positiven Entwicklung zu schaffen. In einem interaktiven Verfahren könne versucht werden, Quartiere mit einem bestimmten Problembezug miteinander zu vernetzen und im Dialog Lösungsansätze zu entwickeln.

Da sich die Gesellschaft versäult habe und gegenseitig blockiere, nimmt man heute bestimmte problematische Entwicklungen gar nicht mehr wahr oder betrachte sich als nicht verantwortlich. Unabhängige Einrichtungen wie Stiftungen hätten aber die Freiheit, Dinge zu tun, die andere nicht tun können. Ihre Rolle könne es daher sein, sich bestimmter problematischer Entwicklungen anzunehmen und zu sagen: Hierum möchte ich mich kümmern, an dieser Stelle möchte ich Probleme lösen.

## **Quartiersentwicklung als sozialpolitische Aufgabe**

Als problematisch gilt es, daß in der Wohnungswirtschaft nur Symptombekämpfung stattfindet, indem etwa einem Arbeitslosen ein wenig dadurch geholfen wird, daß er nicht mit lauter anderen Arbeitslosen zusammen wohnt. Es werde also umsortiert und gemischt, damit die Symptome nicht so deutlich zum Vorschein kommen, ohne dadurch die Probleme zu lösen. Bei der Entwicklung des quartiersbezogenen Managements sollte man nicht nur bauliche Verbesse-

rungen im Kopf haben, sondern gleichzeitig soziale Verbesserungen realisieren und möglicherweise auch arbeitsmarktpolitische Initiativen ergreifen. Hierzu sei Anfang der 80er Jahre unter der Überschrift »Quartier en crise« eine sinnvoller Ansatz entwickelt worden. In Hessen werden entsprechende Versuche in sozialen Brennpunkten gemacht. Sehr wichtig sei es, das dabei entstehende Wissen zusammenzufassen, zumal an dieser Stelle die Gefahr eines allzu romantischen Denkens bestehe.

Im ganzen Bundesgebiet gibt es eine Reihe von quartiersorientierten Erneuerungsmaßnahmen. Dies sind Prozesse mit sehr unterschiedlichen Akteuren und Zielebenen. In der Tendenz gibt es eine gewisse Vernetzung, doch die sei auf nationaler Ebene unzureichend. Ein Teil der Vernetzungsaufgabe könnte von der Stiftung übernommen werden. Dies solle möglichst lebhaft angelegt werden, etwa durch Foren in den jeweiligen Quartieren oder das Zusammenholen derjenigen, die an den jeweiligen Projekten sitzen. Zusätzlich könne eine Dokumentation der unterschiedlichen Beispiele, Zielebenen und Interaktionsfelder sehr gut dazu beitragen, das Thema weiterzuentwickeln.

Es sei für die Stiftung wichtig, einen konkreten Partner, wie z.B. ein Wohnungsunternehmen zu haben - ohne dadurch aber die Lösung unternehmerischer Probleme zu übernehmen. Ein solches Unternehmen habe ein vitales Interesse an der Entwicklung des Quartiers, wenn es etwa um den Niedergang des Einzelhandels oder die Destabilisierung der Sozialstruktur geht. Dies sei eine Chance, da sich hieraus auch finanzielle Möglichkeiten der Beeinflussung des sozialen Umfelds ergeben können. Derartige Prozesse haben nichts mit Bauen zu tun. In den sogenannten Armutsinseln zeige sich, daß es sich hierbei um differenzierte und komplizierte Maßnahmenbündel handelt, etwa um die Kombination von arbeitsmarktpolitischen mit präventionspolitischen und pädagogischen Maßnahmen. In Hamburg und Nordrhein-Westfalen gibt es hierzu Ansätze. Hier liege ein Feld, das konkret bearbeitet werden kann und in dem noch ein Vakuum besteht.

### **7-Punkte-Programm möglicher Tätigkeitsfelder**

Als Vorschlag zu möglichen Tätigkeitsfeldern für die Stiftung wird ein 7-Punkte-Programm vorgeschlagen.

*Erstens* könne die Stiftung für Probleme sensibilisieren. Gesellschaftliche Problemlagen müssen zunächst als solche wahrgenommen und erkannt werden, bevor eine Diskussion ihrer sinnvollen Bearbeitung einsetzen kann. Erst indem neue Problemsichten und Fragestellungen zur öffentlichen Diskussion gestellt werden, ist die Erörterung der Relevanz und Dringlichkeit neuer Aufgaben und ihrer Lösungsansätze möglich. Sensibilisierung für gesellschaftliche Problemlagen sei hier im Sinne einer Initiierung von KKGep-Prozessen zu verstehen.

Sie könne *zweitens* Beratungsprozesse vermitteln, und sie *drittens* begleiten. Sie sollte Beratungen jedoch nicht finanzieren. *Viertens* könne sie die Ergebnisse solcher Prozesse evaluieren. Beratungsprojekte sind zumeist kurzfristig angelegt. Die weitere Entwicklung solcher Projekte wird in den seltensten Fällen noch einmal nachgeprüft.

*Fünftens* könne die Stiftung den systematischen Austausch zwischen Praktikern und Wissenschaftlern organisieren, die an solchen Projekten beteiligt sind. Für einen solchen Austausch besteht heute kein Forum. Die direkte Kommunikation in Arbeitsgruppen, Seminaren etc., in denen Erfahrungen ausgetauscht werden können, gilt als besonders produktiv. Gesucht werden heute nicht so sehr Publikationen, sondern Kommunikationsplattformen. Dies können Tagungen, Arbeitskreise oder auch ein regelmäßiger schriftlicher Informationsaustausch sein. Wie wichtig die wechselseitige Kommunikation ist, drückt sich auch in dem immer wieder geäußerten Wunsch nach Verstetigung bestehender Kommunikationszusammenhänge aus. Kontakte kommen jedoch vielfach nur zufällig zustande, gerade auf nationaler Ebene hätten die bestehenden Netzwerke Defizite.

*Sechstens* könne die Stiftung zu einer Systematisierung der Ergebnisse, in welcher Form auch immer, beitragen.

Als *siebter* Punkt wird vorgeschlagen, die auf diese Art und Weise gesammelten und systematisierten Ergebnisse zu kommunizieren. Hierzu eignen sich bereits entwickelte Instrumente gut, wie Dialoghefte oder Werkstattberichte. Während die Finanzierung einzelner Projekte für die gesamte Bundesrepublik nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein könne, sei die Systematisierung von Projekterfahrungen und die Organisation von Kommunikation über diese Projekte eine aussichtsreiche Aufgabe.

In der Diskussion dieses Vorschlags wird ausgeführt, daß der Schwerpunkt der Stiftungstätigkeit auf die Evaluation von Kooperationsprozessen, die Organisation eines systematischen Austauschs und die Systematisierung der Ergebnisse gelegt werden sollte. Dies könne konkret bedeuten, daß anderweitig nicht realisierbare, innovative Pilotprojekte in Existenz gebracht werden, die neue Verfahrensansätze wie z.B. das Quartiersmanagement erproben. Zugleich sollte ein breiter Erfahrungsaustausch zwischen diesen Projekten organisiert werden. Die Ergebnisse der laufenden Projekte wie bereits vorhandener Projekte wären zu systematisieren und zu dokumentieren, damit auch der Forschung ein Anreiz gegeben wird.

Hingewiesen wird auf laufende Verfahren, in denen versucht wird, in Kommunikation zwischen Bürgern, Unternehmen, Politik und Wissenschaft langfristige Perspektiven und zugleich im Konsens kurzfristige Lösungen zu entwickeln. Solche Projekte unterschiedlichen Charakters sollten vergleichend ausgewertet werden, damit das Wissen für die Praktiker nutzbar gemacht wird.

Besonders in der Organisation des Erfahrungsaustauschs über interessante neue Projekte wird eine sinnvolle Aufgabe der Stiftung gesehen. Dies wird normalerweise durch die Projektfinanzierung selbst nicht ermöglicht. Ebenfalls gilt es als sinnvoll, im Sinne der vielfach angemahnten Kontinuität die systematische Auswertung, den Vergleich und die Beurteilung wichtiger komplexer Vorhaben zu ermöglichen. Gegenüber der Förderung von Projekten vor Ort wird dagegen Skepsis geäußert, da dies Aufgabe der Akteure vor Ort sei.

### **Projekterfahrungen systematisieren und Kommunikation initiieren**

Insgesamt zielen die vorgeschlagenen Handlungsansätze für die Stiftung in zwei Richtungen. Zum einen solle die Stiftung durch Sammlung, Systematisierung und Aufbereitung der in Praxis und Wissenschaft vorliegenden Ideen, Ansätze und Erfahrungen einen Beitrag zu den Dialogprozessen leisten. Zum anderen solle die Stiftung Kommunikation initiieren und ermöglichen. Sie könne Plattformen und Foren schaffen (Tagungen, Arbeitskreise, Zeitschriften etc.), über Publikationstätigkeiten und PR Diffusionsprozesse organisieren oder mittels »Networking« Kommunikationszusammenhänge aufbauen und vertiefen. Kommunikation werde auch initiiert durch das frühzeitige Aufgreifen kommender Aufgabenstellungen, die Formulierung neuer oder übergreifender Fragestellungen und den Versuch, hierzu jeweils Dialogprozesse anzustoßen.

## 5. Teilnehmerliste

Prof. Adrian, Hanns	Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung
Prof. Dr.Dr.h.c. Bolte, Karl Martin	Universität München, Institut für Soziologie; Vorsitzender des Beirats der Schader-Stiftung
Prof. Dr. Dangschat, Jens S.	Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Forschungsstelle vergleichende Stadtforschung
Prof. Dr. Eekhoff, Johann	Universität Köln, Institut für Wirtschaftspolitik, Staatssekretär a.D.
Dr. Eichener, Volker	Geschäftsführer des InWIS - Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH, Bochum
Prof. Dipl.-Ing. Einsele, Martin	Universität Karlsruhe, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung
Elitz, Ernst	Intendant DeutschlandRadio, Beirat der Schader-Stiftung
Prof. Dr. Greven, Michael Th.	Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft; Kuratorium der Schader-Stiftung
Prof. Dr. Großhans, Hartmut	Gesamtverband der Wohnungswirtschaft; Beirat der Schader-Stiftung
Prof. Dr. Holtmann, Everhard	Universität Halle-Wittenberg, Institut für Politikwissenschaft
Hütt, Hans	Geschäftsführer der Schader-Stiftung
Prof. Dr. Keim, Karl-Dieter	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner
Prof. Dr. Korte, Hermann	Universität Hamburg, Institut für Soziologie
Prof. Dr. Krau, Ingrid	TU München, Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen
Prof. Dr. Mäding, Heinrich	Präsident des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin
MR Müller, Rolf	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn

Schader, Alois M.	Vorstand der Schader-Stiftung
Prof. Dr. Schellhaaß, Manfred	Universität Köln, Institut für Staatswissenschaft
Dr. Schubert, Wolfgang	Geschäftsführer der LUWOGÉ Wohnungsunternehmen der BASF, Ludwigshafen
Sierau, Ullrich	Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Prof. Dipl.-Ing. Sieverts, Thomas	TH Darmstadt, Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen
Prof. Dr. Strubelt, Wendelin	Direktor der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn
Dipl.Ing. Thalgott, Christiane	Stadtbaurätin der Stadt München
Dr. Weger, Hans-Dieter	Institut für Stiftungsberatung, Verl; Kuratorium der Schader-Stiftung
Dr. Wullkopf, Uwe	Geschäftsführer Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt